



# DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS IN DEUTSCHLAND

AUSWERTUNG EINER REPRÄSENTATIVEN UMFRAGE

VIOLA NEU

ISBN 978-3-940955-77-7



## INHALT

5   DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS IN DEUTSCHLAND AUSWERTUNG EINER REPRÄSENTATIVE UMFRAGE	
▪ 60 Jahre Bundesrepublik und Grundgesetz.....	5
▪ Aussagen zu Demokratie und Sozialstaat.....	9
19   ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG	

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,  
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch  
elektronische Systeme.*

© 2009, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.  
Printed in Germany.  
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-940955-77-7

# DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS IN DEUTSCHLAND

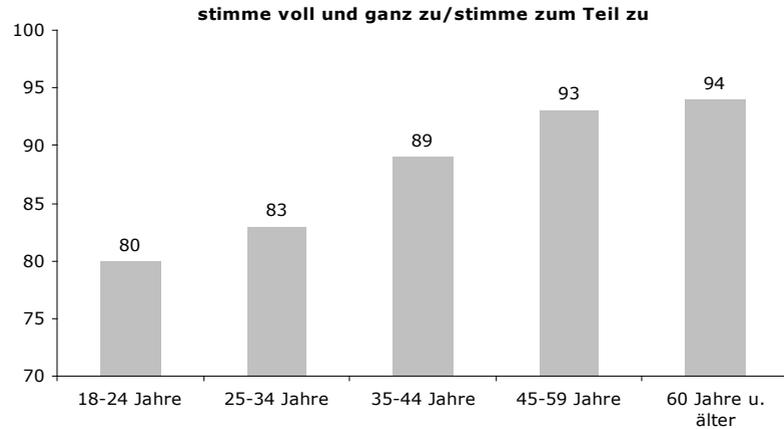
AUSWERTUNG EINER REPRÄSENTATIVEN UMFRAGE<sup>1</sup>

*Viola Neu*

## **60 JAHRE BUNDESREPUBLIK UND GRUNDGESETZ**

Wer ein herausragendes Jubiläum zu feiern hat, sollte näherliegenderweise auch diejenigen nach ihrer Meinung befragen, die zugleich Gastgeber und Gäste dieser Feierlichkeiten sind: Die Bürgerinnen und Bürger. Uns hat interessiert, mit welchen Gefühlen sie auf die 60jährige Geschichte der Bundesrepublik blicken. Insgesamt lässt sich ein Bild zeichnen, das auf eine hohe Identifikation mit der Bundesrepublik hinweist. 90 Prozent sind der Ansicht, dass die 60 Jahre bundesrepublikanischer Geschichte eine Erfolgsgeschichte sind (davon stimmen dieser Aussage 29 Prozent voll und ganz und 61 Prozent zum Teil zu). Diese positive Bilanz bejahen die Bürger umso stärker, je älter sie sind. Auch in den Anhängerschaften aller Parteien gibt es eine breite Zustimmung zu der Aussage, dass die Geschichte der Bundesrepublik eine Erfolgsgeschichte ist.

**Die Bundesrepublik Deutschland feiert in diesem Jahr ihren 60. Geburtstag. Wenn Sie die letzten Jahre überdenken, würden Sie der Aussage zustimmen, dass die 60 Jahre Bundesrepublik alles in allem eine Erfolgsgeschichte sind? Würden Sie voll und ganz zustimmen oder zum Teil zustimmen oder eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen?**

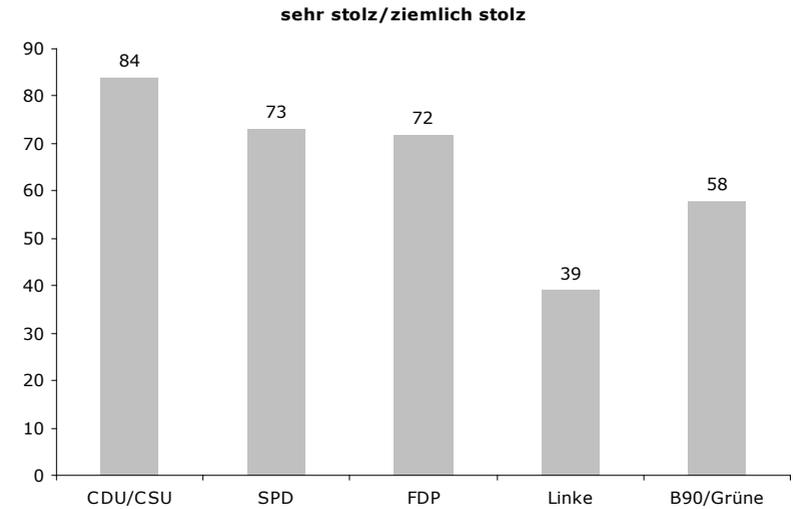


Angaben in Prozent nach Alter

Quelle: Demokratieverständnis, Konrad-Adenauer-Stiftung, März 2009

Daher verwundert es nicht, dass zwei Drittel der Deutschen auch stolz auf die Bundesrepublik sind. Dabei empfinden die Westdeutschen mit 69 Prozent mehr Stolz als die Ostdeutschen, von denen 57 Prozent sagen, dass sie stolz auf das sind, was die Bundesrepublik Deutschland heute nach 60 Jahren ihres Bestehens ist. Auffällig sind in dieser Bewertung die Unterschiede innerhalb der politischen Anhängerschaft. Unions-, SPD- und FDP-Anhänger sind zu etwa drei Vierteln stolz auf die Bundesrepublik. Bei den Grünen sind es noch 58 Prozent der Anhänger und bei der Linken sinkt der Wert auf 39 Prozent.

**Wie stolz sind Sie auf die Bundesrepublik Deutschland, auf das, was sie heute nach 60 Jahren ihres Bestehens ist? Sind Sie sehr stolz, ziemlich stolz, weniger stolz oder überhaupt nicht stolz?**



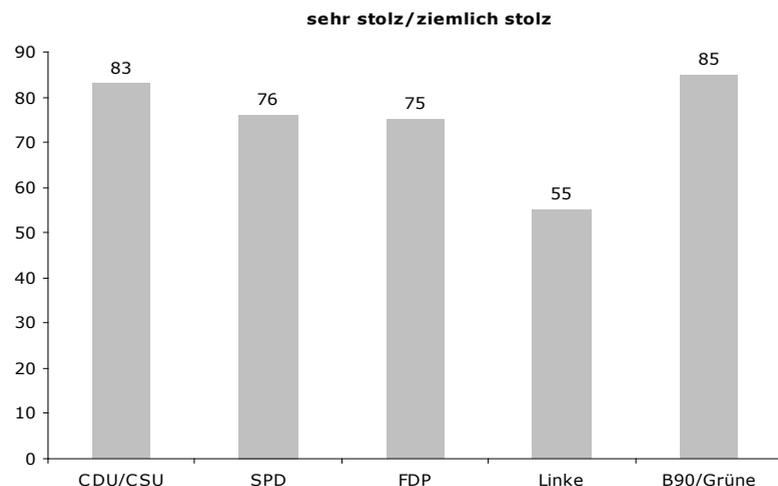
Angaben in Prozent nach Parteipräferenz

Quelle: Demokratieverständnis, Konrad-Adenauer-Stiftung, März 2009

Dass die Verfassung heute in die positive Gesamtbewertung der Bundesrepublik einfließt, zeigt, dass der Begriff des „Verfassungspatriotismus“, dem man immer wieder unterstellt hat, er sei kalt und künstlich und wecke keine Gefühle, durchaus auch einen emotionalen Bestandteil hat. 73 Prozent empfinden Stolz, wenn sie nach der Verfassung gefragt werden. Ausdruck dieses Verfassungspatriotismus ist auch, dass sich im Unterschied zum Nationalstolz, kaum Gruppen identifizieren lassen, die gegenüber der Verfassung eine größere Reserviertheit an den Tag legen. Nur die Anhänger der Linken weichen hier deutlich von allen anderen Gruppen ab. Von ihnen sagen 55 Prozent, sie seien stolz auf das Grundgesetz.

**Auch das Grundgesetz der Bundesrepublik, die deutsche Verfassung,  
wird in diesem Jahr 60 Jahre alt.**

**Wie stolz sind Sie auf das Grundgesetz, sind Sie da sehr stolz,  
ziemlich stolz, weniger stolz oder überhaupt nicht stolz?**



Angaben in Prozent nach Parteipräferenz

Quelle: Demokratieverständnis, Konrad-Adenauer-Stiftung, März 2009

Des Weiteren haben wir gefragt, welche Eigenschaften der Bundesrepublik zugesprochen werden. Auch hier spiegelt sich eine positive Grundstimmung wider. Die grundsätzliche Zustimmung zur Bundesrepublik als solider, sozialer und freier Staat, in dem man gerne lebt und den es zu verteidigen lohnt, ist erheblich. Fast alle Deutschen (94 Prozent) leben gerne in der Bundesrepublik. 92 Prozent sind der Ansicht, die Bundesrepublik sei ein freier Staat. 89 Prozent sagen, sie sei ein solider Staat, gleich viele sagen, es würde sich lohnen die Bundesrepublik zu verteidigen. Lediglich im Bereich der sozialen Gerechtigkeit wird die Bundesrepublik ambivalent beurteilt. Zwar sehen 92 Prozent sie als sozialen Staat an, doch geben mit 73 Prozent deutlich weniger an, dass es sozial gerecht zugehe. Auch hier zeigt sich ein Muster, das für viele Umfragen typisch ist: Das Zustimmungsniveau in den neuen Ländern bleibt bei dieser Frage unter dem der alten Länder.

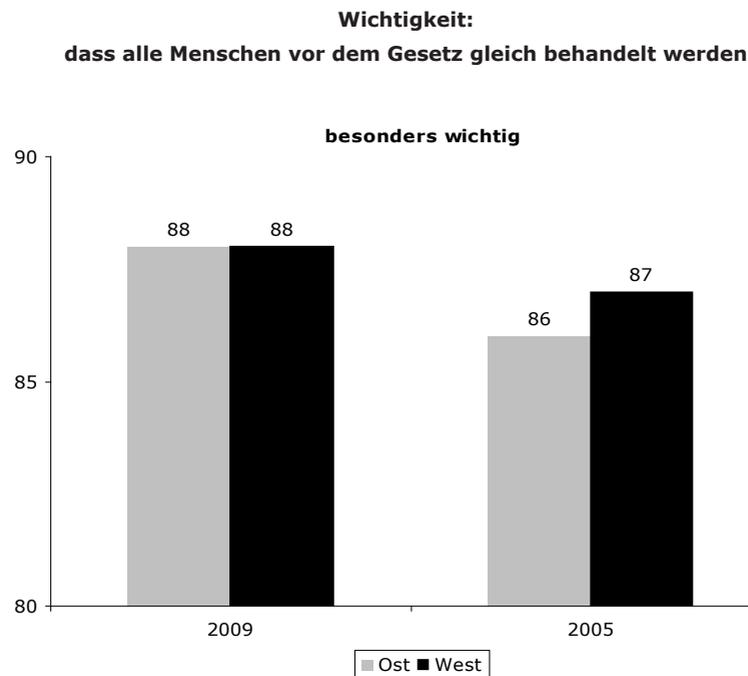
Die Anhänger der Linken können als die Gruppe identifiziert werden, bei denen gegenüber dem Staat, der Verfassung und den wahrgenommenen Eigenschaften der Bundesrepublik die größte Distanz aller Anhängerschaften messbar ist.

Auf einige interessante Details soll kurz eingegangen werden. Jeweils 85 Prozent der Anhänger der FDP und der Linken sind der Ansicht, dass die Bundesrepublik ein freier Staat sei. Damit antworten diese beiden Gruppen – freilich aus sehr unterschiedlicher weltanschaulicher Perspektive – etwas zurückhaltender als die Anhängerschaften der anderen Parteien. Auch bei der Frage, ob es gerecht zugehe, sind die Anhänger der FDP und der Linken skeptischer als die Anhänger der anderen Parteien. In den neuen Ländern ist hier die Distanz zu den alten Ländern am größten. Während 76 Prozent in den alten Ländern sagen, es gehe gerecht zu, teilen nur 62 Prozent der Ostdeutschen diese Meinung. Doch ist die Distanz der Anhänger der Linken gegenüber der Bundesrepublik nicht in allen Bereichen sichtbar. So sagen 97 Prozent, dass die Bundesrepublik ein Staat sei, in dem man gerne lebe und 87 Prozent antworten, es würde sich lohnen, den Staat zu verteidigen.

#### **AUSSAGEN ZU DEMOKRATIE UND SOZIALSTAAT**

Legenden leben länger. So könnte man die Meinungen kurz zusammenfassen, die in manchen Kreisen über die Deutsche Einheit verbreitet werden. So hat zum Beispiel kürzlich die Publizistin Daniela Dahn<sup>2</sup>, die der Linken nahesteht, auf einer Podiumsdiskussion gesagt, der Westen sei der Verlierer der Vereinigung. Dies macht sie daran fest, dass sich in ganz Deutschland inzwischen „östliche“ Werte durchgesetzt hätten: An die Stelle der Sehnsucht nach Freiheit sei die Sehnsucht nach Sicherheit getreten.

In einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung (vgl. für die folgenden Angaben Tabelle 1, Seite 13) lässt sich diese These klar widerlegen. In einer differenzierten Analyse zeigt sich zum einen, dass die Unterschiede zwischen den Ost- und Westdeutschen sehr gering sind und dass auch in den neuen Ländern die Freiheitsrechte eine hohe Wertigkeit besitzen. Die immer wieder zu lesende Aussage, Gleichheit werde in Ostdeutschland als wichtiger betrachtet als die Freiheit, kann mit diesen Ergebnissen nicht bestätigt werden. Es ist vielmehr eine Wertesynthese, die charakteristisch ist. Die konstituierenden Prinzipien der Demokratie genießen die höchste Bedeutung.



Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung 2009, 2005

Die Deutschen in Ost- und Westdeutschland eint die gleiche Sicht auf den Grundrechtskanon: Rechtsstaatlichkeit, Chancengleichheit, Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit und Eigentumsfreiheit werden übereinstimmend als besonders wichtige demokratische Prinzipien angesehen. Mehr als drei Viertel der Deutschen sagen, dass diese Ziele besonders wichtig sind. Damit wird der Wertekanon der bundesrepublikanischen Verfassung von allen Deutschen gleichermaßen bejaht.

Im Weiteren folgen die Berufs- und Glaubensfreiheit, eine umfassende soziale Absicherung durch den Staat, die freie Gestaltung der Freizeit sowie die Presse- und Forschungsfreiheit (Nennungen zwischen 55 und 70 Prozent). Dass soziale Unterschiede möglichst gering gehalten werden, dass man reisen kann wohin man will und dass das Demonstrationsrecht beachtet wird, werden von einer Mehrheit der Deutschen als besonders wichtig erachtet. Nennungen unter 50 Prozent erhalten bei dieser Frage die freie Marktwirtschaft, der soziale Ausgleich durch den Staat in der Marktwirtschaft, möglichst geringe Einkommensunterschiede sowie die Chancengleichheit der Parteien, an einer Regierung teilzuhaben.

Diese Hierarchie demokratischer Werte ist dabei bemerkenswert stabil. 1999 wurde die gleiche Frage in den neuen und 2005 in den alten und neuen Ländern gestellt. Rechtsstaatlichkeit, Chancengleichheit, Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit und Eigentumsfreiheit bleiben über die Jahre konstant die wichtigsten Prinzipien des Grundgesetzes und zwar in Ost- wie in Westdeutschland.

Insgesamt hat die Wirtschaftskrise ihre Spuren auch in der gestiegenen Bedeutung einiger Aussagen zum Sozialstaat hinterlassen. Zwar haben die Aussagen, die sich auf die wirtschaftliche Verfasstheit beziehen, nach wie vor in der Rangordnung einen nachgeordneten Stellenwert, sie haben aber insgesamt einen Bedeutungszuwachs erfahren. Besonders stark angestiegen ist das Bedürfnis, dass der Staat eine möglichst umfassende soziale Sicherheit gewährleisten soll (+27 Punkte). Damit rangiert der Wunsch nach staatlicher sozialer Sicherheit in der oberen Hälfte. Ebenfalls einen starken Anstieg haben zwei Meinungen erhalten: Zum einen, dass Einkommensunterschiede möglichst gering gehalten werden (+17 Punkte) und zum anderen, dass der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft für sozialen Ausgleich sorgt (+16 Punkte). Diese beiden Items bleiben jedoch wie 2005 und 1999 am Ende der Skala. Dass soziale Unterschiede möglichst gering gehalten werden sollen, ist im Vergleich zu 2005 in der Relevanz gestiegen (+9 Punkte).

Nicht nur die nivellierenden und regulierenden staatlichen Maßnahmen haben mehr Bedeutung erhalten, auch die privatwirtschaftlichen Aspekte haben hinzugewonnen. So ist die freie Verfügung über das Eigentum um 10 Punkte gestiegen. Selbst wenn man nach einer „kapitalistischen“ Ausprägung der Marktwirtschaft fragt, nämlich der freien Marktwirtschaft, hat diese einen Bedeutungszuwachs, vor allem im Westen, erfahren (+5 Punkte). Allerdings haben diese Veränderungen die Rangfolge der wichtigsten demokratischen und sozialstaatlichen Prinzipien nicht verschoben. Sie sind nicht in die „Top-Five“ vorgedrungen. Lediglich die umfassende staatliche soziale Absicherung ist von Rang 14 auf Rang 8 aufgestiegen.

Die öffentliche Auseinandersetzung mit der Wirtschaftskrise und deren Folgen hat somit insgesamt die Relevanz der gemessenen Einzelaussagen steigen lassen. Nicht ausgeschlossen werden kann, dass nicht nur die aktuelle Wirtschaftskrise, sondern auch die Auseinandersetzungen um die Agenda 2010 und die Hartz IV-Gesetzgebung einen stärkeren Wunsch nach staatlicher sozialer Absicherung geweckt haben.

Zwischen den alten und den neuen Ländern sind die Unterschiede – auch im Zeitverlauf – erstaunlich gering. In den Bereichen, in denen sich Veränderungen zeigen, vollziehen sich diese sowohl in den neuen wie auch in den alten Ländern.

Auch in den neuen Ländern sind die Aussagen, die auf materielle Gleichheit abzielen, nur von mittlerer bis geringerer Wichtigkeit. Die Rechte, die für das Funktionieren einer Demokratie unerlässlich sind, wie Rechts- und Chancengleichheit haben für die Deutschen in Ost und West einen hohen Stellenwert. Demgegenüber haben Gleichheitsrechte, die auf soziale und materielle Nivellierung hinauslaufen, eine deutlich geringere Priorität. Damit wird auch deutlich, dass Gleichheit nicht mit materieller Gleichheit übersetzt werden darf, wie dies so häufig im öffentlichen Diskurs geschieht. Gleichheitsrechte finden zwar eine große Unterstützung. Dies ist jedoch nicht mit einem Bedürfnis nach Umverteilungspolitik gleichzusetzen, die zu einer Einkommensnivellierung führen würde.

Dennoch zeigen sich zwischen Ost- und Westdeutschen feine Unterschiede, die sich in einer generell größeren Akzeptanz nivellierender staatlicher Maßnahmen ausdrücken. Am größten ist die Distanz zwischen Ost- und Westdeutschland in der Einstellung, Einkommensunterschiede möglichst gering zu halten. 47 Prozent der Ostdeutschen bejahen diese Aussage. Damit liegt der Wert um 10 Punkte höher als in den alten Ländern. Um 9 Punkte größer fällt die Zustimmung in den neuen Ländern zu einer möglichst umfassenden sozialen staatlichen Absicherung aus. Sie wird von 66 Prozent der Ostdeutschen für besonders wichtig gehalten. Acht Punkte höher als im Westen fällt die Zustimmung zu der Forderung aus, die sozialen Unterschiede möglichst gering zu halten (59 Prozent in den neuen Ländern). Dass der Staat in der Marktwirtschaft für sozialen Ausgleich sorgt, wird von 48 Prozent der Ostdeutschen begrüßt. Damit liegt der Wert 5 Punkte über dem Westniveau.

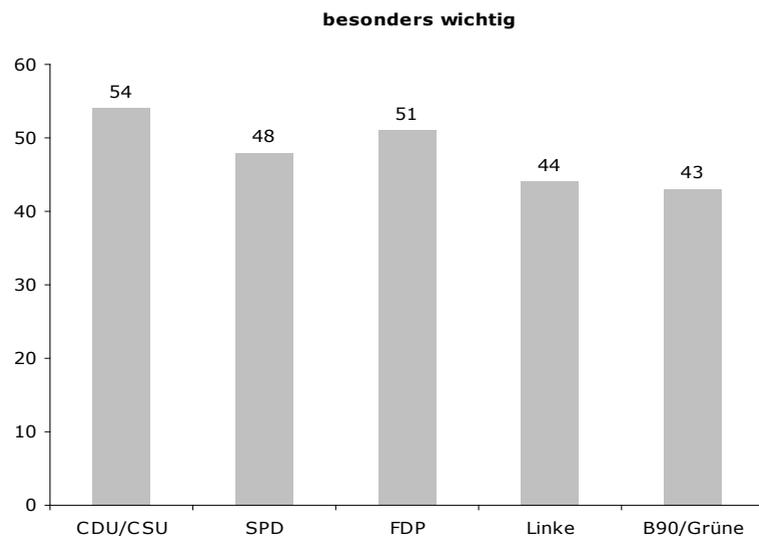
Tabelle 1

Aussagen zu Demokratie und Sozialstaat										
(....) = 1999	Gesamt		Ost				West*			
	besonders wichtig		besonders wichtig		besonders / eher wichtig		besonders wichtig		besonders / eher wichtig	
	2009	2005	2009	2005	2009	2005	2009	2005	2009	2005
Dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich behandelt werden	88	87	88	(85) 86	97	(98) 99	88	87	99	99
Dass alle Menschen die gleichen Chancen bei der schulischen Ausbildung haben	85	81	86	(83) 84	99	(100) 99	85	81	99	98
Dass Männer und Frauen die gleichen Rechte haben	83	76	83	(77) 78	98	(98) 99	83	75	99	98
Dass jeder seine Meinung frei äußern kann	82	79	74	(72) 70	97	(97) 97	84	82	100	99
Dass man völlig frei über sein Eigentum verfügen kann	77	67	72	(67) 64	98	(95) 95	79	67	97	95
Dass man das Recht hat, den Beruf zu ergreifen, den man möchte	70	66	63	(61) 57	97	(95) 93	72	68	97	96
Dass jeder Glauben kann woran er möchte	64	67	57	(60) 63	90	(93) 94	67	68	94	95
Dass vom Staat eine möglichst umfassende soziale Absicherung gewährleistet wird	59	32	66	(62) 42	95	(93) 86	57	30	92	79
Dass man in seiner Freizeit tun und lassen kann, was man möchte	58	51	52	(48) 44	92	(89) 88	59	53	92	89
Dass die Presse und die Forschung frei sind	55	54	48	(45) 48	87	89 (86)	58	56	91	91
Dass soziale Unterschiede möglichst gering gehalten werden	53	42	59	(56) 47	89	(88) 86	51	41	89	83
Dass ich reisen kann, wohin ich will	51	55	53	(45) 42	79	(82) 82	41	58	85	90
Dass man das Recht hat, für seine Meinung zu demonstrieren	51	52	45	(45) 35	89	(89) 88	53	53	89	90
Dass es eine freie Marktwirtschaft gibt	48	44	36	(45) 35	83	(88) 84	52	47	93	91
Dass der Staat in der Marktwirtschaft für sozialen Ausgleich sorgt	44	28	48	(47) 33	87	(90) 86	43	27	88	83
Dass Einkommensunterschiede möglichst gering gehalten werden	40	23	47	(44) 33	86	(75) 67	37	20	72	54
Dass alle Parteien die gleichen Chancen haben, an die Regierung zu kommen	31	34	26	(41) 36	69	(83) 78	33	33	72	74

\*für Westdeutschland liegen keine Vergleichszahlen vor, da 1999 nur in Ostdeutschland eine Umfrage durchgeführt wurde. Prozentanteile; Fehlende Werte zu 100% = andere Angaben; Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, 2009, 2005

In den Anhängerschaften der Parteien spiegelt sich ein großer Konsens wider (vgl. für die folgenden Angaben Tabelle 2, Seite 17). Die demokratischen Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, der Chancengleichheit, der Gleichberechtigung, der Meinungsfreiheit, der Berufswahlfreiheit und der Glaubensfreiheit genießen in allen Anhängerschaften die größte Zustimmung und sind in allen Anhängerschaften als wichtigste demokratische Prinzipien anerkannt.

### Wichtigkeit „Freie Marktwirtschaft“

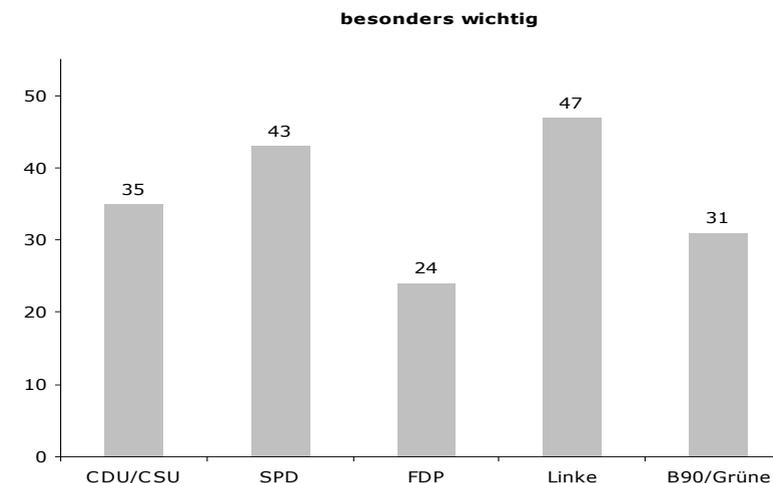


Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung 2009

Einige feine Unterschiede in den Schwerpunkten sind jedoch auszumachen. Die freie Marktwirtschaft ist keineswegs die Domäne der Anhänger bürgerlicher Parteien. Sie wird in allen Parteilagern – auch von den Anhängern der Linken – geschätzt. Mehr als die Hälfte der Anhänger der bürgerlichen Parteien halten eine freie Marktwirtschaft für besonders wichtig, bei der Linken sind es 44 Prozent. Im Lager der Linken finden sich aber auch die größten Potentiale für staatliche nivellierende und regulierende Eingriffe. Dort ist die Zustimmung mit 77 Prozent zu möglichst geringen sozialen Unterschieden am größten. 60 Prozent der Wähler der Linken halten es für besonders wichtig, dass der Staat in der Marktwirtschaft für sozialen Ausgleich sorgt (Durchschnitt 44 Prozent).

Die Anhänger der Linken unterscheiden sich ebenfalls in der Frage der Relevanz, die sie einer umfassenden staatlichen Absicherung zusprechen, von den anderen Parteien. Hier votieren 79 Prozent für die staatliche Absicherung. Nur in der Anhängerschaft der SPD findet sich mit 67 Prozent eine ähnlich hohe Unterstützung.

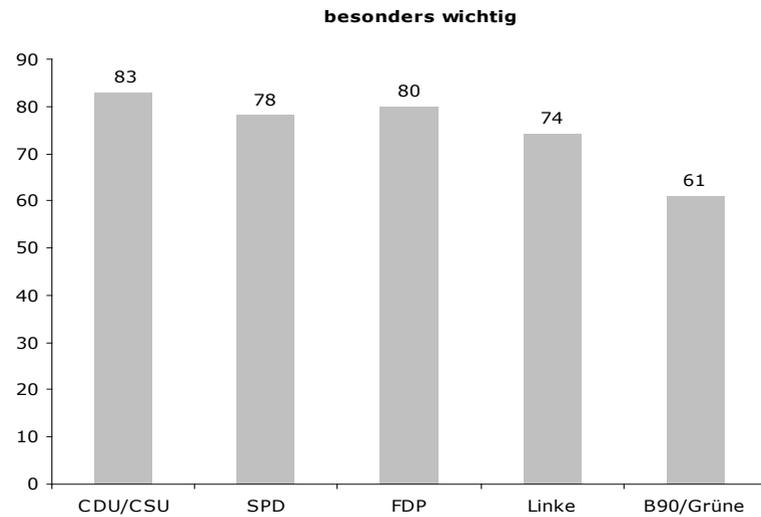
### Wichtigkeit „Geringe Einkommensunterschiede“



Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung 2009

Man kann jedoch nicht schlussfolgern, dass die Anhänger der Linken damit umfassende Enteignungen befürworten. Denn die Eigentumsfreiheit hat einen sehr hohen Stellenwert. Hier sprechen sich 74 Prozent für die völlig freie Verfügung über Eigentum aus. Man kann also ausschließen, dass die Wähler der Forderung der Linken: „Die Demokratisierung der Wirtschaft erfordert, die Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums sozialen Maßstäben unterzuordnen“<sup>3</sup> zustimmen. Die Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass die Linke nicht wegen, sondern trotz ihrer politischen Forderungen unterstützt wird, womit politischer Protest ein wesentliches Wahlmotiv sein dürfte.

### Wichtigkeit „Frei über das Eigentum verfügen“



Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung 2009

Bei den Anhängern der Grünen und der Linken genießt das Demonstrationsrecht eine große Zustimmung (72 Prozent Linke; 70 Prozent Grüne). Im Unterschied zu den Linken ist bei den Grünen gegenüber staatlichen regulierenden Maßnahmen eine deutlich größere Distanz wahrnehmbar. In diesen Feldern sind die Grünen-Anhänger näher an den Anhängerschaften der bürgerlichen Parteien als an den Anhängerschaften der SPD und der Linken.

Tabelle 2

Aussagen zu Demokratie und Sozialstaat in unterschiedlichen Parteianhängerschaften										
	CDU/CSU		SPD		FDP		Linke		B90/Grüne	
	bes. wichtig	bes./eher wichtig								
Dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich behandelt werden	86	98	90	97	92	100	93	99	97	100
Dass alle Menschen die gleichen Chancen bei der schulischen Ausbildung haben	82	97	87	99	78	97	88	100	95	100
Dass Männer und Frauen die gleichen Rechte haben	76	98	89	98	81	98	85	97	94	100
Dass jeder seine Meinung frei äußern kann	82	99	82	100	83	99	82	97	88	99
Dass man völlig frei über sein Eigentum verfügen kann	83	98	78	99	80	99	74	85	61	93
Dass man das Recht hat, den Beruf zu ergreifen, den man möchte	65	97	73	97	73	97	80	98	74	98
Dass jeder Glauben kann woran er möchte	61	95	68	90	65	93	69	95	82	94
Dass vom Staat eine möglichst umfassende soziale Absicherung gewährleistet wird	52	94	67	94	42	78	79	97	48	90
Dass man in seiner Freizeit tun und lassen kann, was man möchte	61	93	55	96	50	91	55	86	58	92
Dass die Presse und die Forschung frei sind	57	94	61	93	61	90	67	93	66	88
Dass soziale Unterschiede möglichst gering gehalten werden	41	86	53	90	42	77	77	97	43	90
Dass ich reisen kann, wohin ich will	48	87	61	90	51	80	52	75	61	92
Dass man das Recht hat, für seine Meinung zu demonstrieren	43	88	57	90	57	91	72	94	70	86

<b>Aussagen zu Demokratie und Sozialstaat in unterschiedlichen Parteienhängerschaften</b>										
	<b>CDU/CSU</b>		<b>SPD</b>		<b>FDP</b>		<b>Linke</b>		<b>B90/Grüne</b>	
	bes. wichtig	bes./eher wichtig	bes. wichtig	bes./eher wichtig	bes. wichtig	bes./eher wichtig	bes. wichtig	bes./eher wichtig	bes. wichtig	bes./eher wichtig
Dass es eine freie Marktwirtschaft gibt	54	97	48	88	51	95	44	85	43	83
Dass der Staat in der Marktwirtschaft für sozialen Ausgleich sorgt	39	86	50	91	26	80	60	91	42	90
Dass Einkommensunterschiede möglichst gering gehalten werden	35	74	43	78	24	58	47	93	31	69
Dass alle Parteien die gleichen Chancen haben, an die Regierung zu kommen	24	67	36	75	39	81	55	78	34	80

- 1| Die Umfrage wurde vom 17.-19. März 2009 von Infratest dimap durchgeführt. Es wurden insgesamt 1.292 Wahlberechtigte befragt, davon 776 in den alten und 516 in den neuen Ländern. Die Gesamtergebnisse sind proportional gewichtet.
- 2| Die Mächtigen von damals sind sich keiner Schuld bewusst, Ostsee Zeitung vom 9. März 2009
- 3| Programmatische Eckpunkte, beschlossen 2007. Die programmatischen Eckpunkte sind das Gründungsdokument der fusionierten PDS und WASG; [http://die-linke.de/partei/dokumente/programm\\_der\\_partei\\_die\\_linke\\_programmatische\\_eckpunkte/](http://die-linke.de/partei/dokumente/programm_der_partei_die_linke_programmatische_eckpunkte/)

## ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Michael Borchard*

*Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung*

*10907 Berlin*

*Tel.: +49-(0)30-26996-3550*

*E-Mail: michael.borchard@kas.de*

*Dr. Viola Neu*

*Koordinatorin Wahl- und Parteienforschung*

*Hauptabteilung Politik und Beratung*

*10907 Berlin*

*Tel.: +49-(0)30-26996-3506*

*E-Mail: viola.neu@kas.de*